Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 39. V. BAND 20. Oktober 1916.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"

Berlin Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Die Polnischen Blätter

erscheinen am 1., 10. u. 20. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):

vierteljährlich: M. 3,50. — Einzelheft: 40 Pfennig.

Insertionspreis: 1/1 S. 50 M. 1/2 S. 25 M.

Alle **redaktionellen** Sendungen sind zu richten:

W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28

Fernspr.: Steinplatz 9923.

Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.

Nr. 39. 20. Oktober 1916.

POLNISCHE BLÄTTER

Die Politik der Polen in Russland.

Die Polen in Russland sind eine Macht. Sie sind es immer gewesen. Nach den Teilungen bildeten sie den intelligentesten Teil der Bevölkerung des Zarenreiches und begannen eine grosse Rolle im gesellschaftlichen, diplomatischen und bürokratischen Leben zu spielen. Fürst Adam Czartoryski war am Beginn des 19. Jahrhunderts russischer Minister des Auswärtigen, schon damals gab es mehrere polnische Senatoren und Generale. Im Jahre 1832 hat Polen seine staatliche Hoheit eingebüsst, die Zahl der Polen im russischen Staatsdienst hat leider zugenommen. Noch mehr steigerte sich ihr Einfluss im ökonomischen Leben. Nach dem missglückten Aufstand 1863 entstand in Polen die Ideologie der „organischen Arbeit“ und der „Eroberung der östlichen Absatzgebiete“; zehntausende von Polen wanderten nach dem europäischen und asiatischen Russland aus, wo sie, dank ihrer kulturellen Ueberlegenheit und Ehrlichkeit, zu grossem Ansehen und Vermögen brachten. Dem Emporsteigen der Polen im eigentlichen Russland kam die russische Politik in Polen zugute; in ihrer Heimat durften die Polen keine Aemter bekleiden, dagegen waren sie auf allen Stufen des Staatsdienstes — eben wegen ihrer Bildung und Unbestechlichkeit — im eigentlichen Russland höchst willkommen. In Sibirien und im Kaukasus pflegte es oft vorzukommen, dass eine Gerichtsverhandlung in polnischer Sprache geführt wurde, da der Vorsitzende, der Staatsanwalt, sämtliche Mitglieder des Gerichtshofes Polen waren, und den Parteien war es ganz gleich, in welcher Sprache die Verhandlung stattfand, da sie ebenso wenig polnisch,

wie russisch verstanden. In Südrussland beherrschen die Polen fast das ganze Eisenbahnnetz — besonders seit der Zeit Wittes, der in ihnen, wie vorher Wyschnegradski, die besten Mitarbeiter an den Reformplänen auf dem Gebiete des Finanz- und Eisenbahnwesens besass. Seit dem Beginn des „konstitutionellen" Lebens spielten die in Russland ansässigen Polen eine hervorragende politische Rolle. Inmitten, nicht ausserhalb der russischen Gesellschaft lebend, gewannen sie das Vertrauen ihrer Mitbürger, besonders der Fortschrittler. Ein National-Pole aus Moskau, Lednicki, vertrat in der ersten Duma den Kreis Smolensk, ein anderer Pole, Prof. Petrażycki, war Abgeordneter aus Petersburg; beide gehörten der Kadettenpartei an; ein polnischer Arbeiter Malinowski vertrat in der letzten Duma die Arbeiterschaft Moskaus; dabei brauchten sie ihr Polentum nicht zu verleugnen, gehören polnischen Vereinen an usw.

Dem Polentum entsprossen aus diesen Zuständen erhebliche Schäden. Der überwiegende Teil der Auswanderer hielt treu zum alten Vaterlande; in Russland existiert bis nun der Typus eines „wirklichen geheimen . . . Polen", d. i. eines Beamten, der es im Staats- nicht selten im Militärdienste zu hohen Würden bringt, seine Pflicht treu erfüllt, und doch sobald er pensioniert wird, sich als National-Pole entpuppt, der sein Vermögen für nationalpolnische Zwecke verwendet. Die im fernen Osten lebenden Polen waren immer eifrige Abnehmer der polnischen ernsten Presse, Literatur usw. Im grossen ganzen aber ging die Nachkommenschaft dieser Familien fürs Polentum verloren. Allmählich wird sie von der Umgebung assimiliert und nicht selten leistet sie, dem Polentum entfremdet — nur dem russischen Staate gar bedeutende Dienste. So befindet sich jetzt unter den russischen Diplomaten eine ziemlich starke Zahl russifizierter Polen, z. B. der Gesandte in Bukarest Koziełł-Poklewski, dessen Bruder noch ein polnisches Haus führt, oder der als Nachfolger Stürmers im Ministerium

des Aeussern oft genannte Szebeko, dessen naher Verwandter als polnisches Mitglied dem Petersburger Reichsrat angehört

Diese der russischen Regierung anheimfallenden Kräfte, erfüllen die polnischen Patrioten seit jeher mit Kummer und befestigen sie im Gedanken an die Unabhängigkeit des Vaterlandes. Ist es doch klar, dass in einem freien Lande die bis nun von Russen bekleideten Beamtenposten den Einheimischen zufallen werden, die dann nicht zur Auswanderung gezwungen wären, und überhaupt Betätigungsgebiet für alle Tüchtigen entstände; ist es doch klar, dass Patrioten den Wunsch hegen müssen, die Kräfte ihrer Mitbürger fürs Wohl der Heimat auszunutzen, statt sie im russischen Meer, oder richtiger: im russischen Morast aufgehen zu lassen. Dazu kam, dass in den letzten Jahren der russische Nationalismus gegen die im Staatsdienste tätigen Polen einen wütenden Feldzug unternahm. Wir sehen auch fast seit einem Jahrhunderte unter den in Russland lebenden Polen — eine starke zentrifugale Bewegung; sämtliche polnischen Aufstände hatten hier begeisterte Anhänger und — heute ist es ja kein Geheimnis mehr — auch vor dem gegenwärtigen Kriege bestanden polnische Freischützenverbände in mehreren russischen Universitätsstädten, deren Mitglieder gegenwärtig an der Front gegen Russland kämpfen. Ueberhaupt gibt es unter den in Russland lebenden Emigranten viele ideell angelegte Patrioten und Vorkämpfer des Polentums, die tief den Unterschied zwischen der eigenen Seele und derjenigen Russlands empfinden und heilig an die Rolle Polens für die europäische Kultur glauben.

Der Ausbruch des Krieges hat alle diese Strömungen mächtig belebt und ihnen eine grosse Zahl neuer Menschenkräfte zugeführt. Mindestens eine Million Polen wurde nach Russland evakuiert; unter ihnen Leute von Bildung und Stellung, die bald an der Newa und in Moskau starke politische Zentren schufen und mit der russischen öffentlichen Meinung in Berührung tra-

ten. Insgesamt befinden sich gegenwärtig in Russland, die Einwohner des von den Verbündeten nicht besetzten Litauens und Kleinrusslands mitbegriffen, 3 – 3½ Millionen Polen, deren politische Haltung für die Gegenwart und Zukunft ihrer Heimat und nicht nur der Heimat, von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Diese polnischen Kolonien haben in den letzten Monaten eine bedeutende Metamorphose erfahren.

* * *

Beim Ausbruch des Krieges ist eine Proklamation betreffs Polen seitens der Zentralmächte leider ausgeblieben. Russland hat dagegen in dieser Beziehung eine grossartige Demamogie entfaltet: nach dem unklaren, aber viel verheissendem Manifest des Höchstkommandierenden, begann in ganz Russland ein Liebäugeln mit den Polen, wie dessen nur die „breite“ russische Natur fähig ist. Das machte Eindruck und während Leute aus der jüngeren Generation sich zu den polnischen Legionen schlugen, glaubten die Aelteren an die Versprechungen der Regierung, an die brüderlichen Ergüsse der russischen Gesellschaft. An antirussischen Kundgebungen seitens der Jüngeren hat es wohl nicht gefehlt; es wurden Attentate verübt, Verhandlungen vor dem russischen Kriegsgericht finden auch jetzt noch statt; ein Teil der Aelteren trat aber in Unterhandlungen mit den russischen Regierungsorganen und Parteien; es entstand die bekannte polnisch-russische Ausgleichskommission. Nun aber, als es sich nicht mehr um Versprechungen, sondern um Gesetzentwürfe zur Verwirklichung der Autonomie-Pläne handelte, begann die Geschichte zu hapern; die Arbeiten der Kommission wollten nicht vorwärts kommen. Die Einnahme Warschaus durch die deutschen Truppen bewog den damaligen Regierungschef zu neuen Zärtlichkeitsergüssen für Polen, die abermals keine gesetzgeberische Form annahmen. Die polnische Bewegung in Russland belebte sich ungemein infolge der Immigration der Evakuierten; die Ueberbleibsel des Warschauer „National-Komitees“ mit

den drei polnischen Duma- und drei Reichsratsmitgliedern versuchten die Polenfreundlichkeit der Regierung und der öffentlichen Meinung wachzurufen — mit gar geringem Resultate. Bei der Mehrheit der Polen nahm das Gefühl der Enttäuschung zu, und mit ihr stieg die Verwunderung und Sympathie ob der Zugeständnisse, die dem Polentum seitens der deutschen und österreichischen Okkupationsmächte zuteil wurden.

Von grosser Bedeutung für die polnisch-russischen Beziehungen war die Frühlingsreise der russischen Parlamentarier nach England, Frankreich und Italien. Unter den Polen war die oppositionelle Stimmung schon damals so mächtig, dass ein polnisches Tageblatt in Petersburg gegen die polnischen Mitreisenden Stellung nahm (Vgl. „Poln. Bl." Nr. 27), um im Auslande nicht den Schein einer Verschmelzung der polnischen mit der russischen Sache aufkommen zu lassen. Das Ergebnis dieser Reise war ein verblüffendes: die Teilnehmer überzeugten sich, dass in England, Frankreich und Italien die Polenfrage in all ihrer Bedeutung gewürdigt, dass sie als eine eminent internationale Angelegenheit betrachtet wird. Darüber hat sowohl Miljukow, wie auch Protopopow berichtet. Nun verlangten die diplomatischen Kadetten ein coup d'état: eine prinzipielle Erledigung dieser Frage, als einer innerrussischen, um einer internationalen Entscheidung vorzubeugen (wobei natürlich die Rechnung ohne den deutschen und österreichischen Wirt gemacht wird). Der Druck der äusseren Verhältnisse war so stark, dass Ssasonow sich beeilte, sein Polenprogramm und Manifest im Sinne einer weitgehenden Autonomie auszuarbeiten. Er ist darüber gestürzt; Stürmer nimmt in dieser Frage eine unklare Haltung ein; dem Grafen Wielopolski hat er erklärt, dass das Regierungsprojekt demjenigen des Polenklubs (Vgl. „Poln. Bl." Nr. 32: „Das Projekt des Grafen Wielopolski") entspräche; er ermächtigte auch den Grafen zur Veröffentlichung dieser Mitteilung; strich aber in dem Zensurexemplar die Worte, nach denen das Regierungs-

projekt von demjenigen des Polenklubs nur in Einzelheiten sich unterscheidet (Meldung des „Utro Rossji").

Die überwiegende Mehrheit der in Russland lebenden Polen hat aber schon längst den Standpunkt des Wielopolski-Projektes überwunden. Ihre Enttäuschung äussert sich in einer von Tag zu Tag zunehmenden Opposition. Der historische russisch-polnische Antagonismus nimmt Formen an, die eine Verständigung zwischen beiden Parteien ungemein erschweren.

Freilich betonen die in Russland ansässigen Polen, dass sie mit den Russen leben möchten — doch nicht unter einem Dach. Sie beanspruchen für sich das Recht, eine polnische Politik führen zu dürfen. In seiner Antwort an Burzew, der von den Polen eine russische Orientierung forderte, antwortet das in Moskau erscheinende „Echo Polskie":

„Eine russische Orientierung, wie sie Burzew versteht, gibt es unter den Polen nicht, hat es nie gegeben und wird es nie geben. Herr Burzew bemüht sich seine Leser davon zu überzeugen, dass der Traum unserer Väter und Vorväter nicht einer Unabhängigkeit galt, und dass unsere Aufständischen nur dafür gekämpft hätten, um Polen ganz mit Russland zu vereinigen. Wir wollen das russische Volk als ein brüderliches betrachten, — in keinem Fall erscheint uns aber Russland als eine Mutter und wird es nie sein. Die Polen haben nur eine Mutter, — d. i. ihre Heimat. Niemals wird uns Burzew davon überzeugen, dass für uns Russland gegenüber eine andere Orientierung notwendig sei, als das Streben zu einer aufrichtigen und wirklich brüderlichen Vereinigung des Freien mit dem Freien, des Gleichen mit dem Gleichen. Die polnische Frage ist eine internationale nicht deshalb weil es die Polen wünschen, sondern ihrem Wesen nach . . . Jetzt, wo die Kriegsereignisse das nationale Selbstbewusstsein Polens erweckt, und im höchsten Grade angespannt haben, wäre ein Russland unterworfenes Polen für Russland eine hundertmal grössere Last, als das „Weichselgebiet".

Keine halben Massnahmen und halben Zugeständnisse wären imstande die polnische Frage zu lösen".

Ueber die Stimmung, die unter den in Russland lebenden Polen herrscht, haben wir bereits ausführlich berichtet („Poln Bl." No. 37). Massgebend wird die Haltung der polnischen Kadetten sein; sie sind eben typische Vertreter der in Russland eingebürgerten Polen, die es dort zu Ehren und Ansehen gebracht haben, zu Gegnern des polnischen Separatismus wurden und organisatorisch einer russischen Partei angehören. Unter diesen „polnischen Kadetten" gibt es besonders drei, die nicht nur Lokalgrössen sind: Dr. Jan Baudouin de Courtenay, Abkömmling eines alten französischen Geschlechtes, von den Ideen der französischen Aufklärungsepoche erfüllt, berühmter Sprachforscher, gew. Universitätsprofessor in Dorpat und Krakau, Honorarprofessor in Petersburg; General Babiański, der nach seinem Austritt aus dem Militärdienst den „Dziennik Petersburski" gründete, und der mit dem stärksten politischen Temperament ausgestattete Herr Alexander Lednicki, einer der hervorragendsten Rechtsanwälte Moskaus, berühmter Redner der ersten Duma, wo er an der Spitze der Vertreter der Fremdvölker Russlands stand und gegenwärtig Obmann des Verbandes der Hilfskomitees für die evakuierten Polen im ganzen Reiche ist.

Prof. Baudouin schreibt im russischen „Djeń": „Vor dem Kriege habe ich oft erklärt, dass die ganze Unabhängigkeit Polens nicht das Leben eines Menschen wert sei (Der Verfasser war Pazifist), jetzt aber, wo so viel Blut schon geflossen ist, nachdem ganz Polen von Freunden und Feinden zerstört ist, ist es verständlich, wenn die Polen sich freimachen wollen von der Vormundschaft sowohl der Feinde und Unterdrücker als auch der Freunde und Beschützer. Ebenso müssen die Polen selbst entscheiden, mit wem sie sich später verbünden wollen, sei es in Form einer Föderation, sei es in irgend einer andern Form!"

Deutlich genug . . .

General Babiański veröffentlichte in den „Birżewija Wiedomosti“ v. 30. August einen Aufsatz: „Was wünschen die Polen?“ Er verweist darauf, dass Polen gegenwärtig von Russland durch eine Mauer getrennt ist, „hinter der — wir zitieren wortgetreu — die polnische Nation ihr Leben von den Grundlagen aus aufbaut, in den Grenzen der Möglichkeit ihre nationalen Ueberlieferungen und Ideale verwirklicht. Dieser tiefe Prozess, der inmitten des Geschützendonners und Kampffeuers vor sich geht, und auf beiden Seiten, Polens Söhne fallen, bleibt der russischen Gesellschaft nicht nur ganz fremd, sondern wird auch öfters tendenziös und in falscher Beleuchtung hingestellt“.

Selbstverständlich schreibt der Verfasser — wie auch die anderen Herren — in einem russenfreundlichen Tone, — um am Schluss zu dem Ergebnis zu gelangen, dass Polen nicht in Verbindung mit Russland die Autonomie erhalten, sondern freier, neutraler Staat werden soll. General Babiański nimmt den Standpunkt der bekannten Erklärung der Stadtverordnetenversammlung Warschaus ein und führt den Beweis, dass die Form einer Autonomie die Polen durchaus nicht befriedigen kann; u. a. beruft er sich auf die Erfahrungen der letzten zehn Jahre, die beweisen, dass Russland kein Rechtsstaat sei . . . Die Ausführungen Babiańskis beantwortete voll Bestürzung der Dumaabgeordnete Schulgin; es erschien ihm unbegreiflich, dass die Kadetten-Polen ihr altes Autonomie-Projekt verleugnen und plötzlich staatliche Unabhängigkeit verlangen. Darauf antwortet Lednicki im „Echo Polskie“, indem er das Kadetten-Programm, aber auch die unter dem Einflusse des Generalissimus-Aufrufes entstandenen Pläne entschieden zurückweist; die polnischen Orientierungen aus der ersten Kriegsperiode — schreibt Lednicki — entstammen den noch vor dem Kriege bestehenden Tendenzen und Erfahrungen; deshalb waren sie nicht und konnten auch nicht Ausdruck des polnischen nationalen Gedankens sein. Die Begeisterung, welche vielerorts durch den

bekannten Aufruf des Grossfürsten hervorgerufen wurde, war nur eine instinktive Gefühlsregung, keineswegs aber eine dem kristallisierten Gesamtwillen entspringende Handlung. Diese macht sich erst jetzt bemerkbar.

„Heute -- lautet die Erklärung Lednicki's — bekommen wir die Antwort der polnischen Nation zu hören. Sie war in den Wahlen zu der Städteverordnung in Warschau, wie auch in der von den vereinigten Parteien bei ihrer ersten Sitzung abgegebenen Deklaration, enthalten. Eine Antwort klar und entschieden, kühn und wohlüberlegt, wie sie dem Ernst der historischen Lage und der grauenvollen Tragik der Situation unserer Nation geziemt. Es war eine deutliche und unzweideutige Erklärung, ohne jeglichen Vorbehalt und Hinzufügung: Das höchste Ziel nationaler Bestrebungen sei ein unabhängiger Staat, dem Organe und Mittel zur Verfügung ständen, diese Unabhängigkeit zu sichern. Eine andere Antwort konnte Warschau nicht geben. Eine Nation, die zur Höhe ihres Selbstbewusstseins gelangte, kann sich nicht den andern gegenüber als geringer erachten, kann nicht auf das von rechtswegen allen Nationen gleich zustehende Recht Verzicht leisten“.

Die künftige Staatlichkeit Polens wird von Lednicki als Genugtuung im Namen des Nationalitätenrechts, daher als ein polnisches Reich in den ethnischen, nicht historischen Grenzen aufgefasst.

Nach einer Meldung aus Stockholm (Frankfrtr. Ztg. v. 12. d. M.) „fand das vom Hauptausschuss der Kadettenpartei ausgearbeitete Projekt einer Autonomie Polens endgültig die Missbilligung der polnischen Parteimitglieder. Der Polenführer Rechtsanwalt Lednicki erklärte infolgedessen den Austritt aus dem Zentralkomitee der Kadettenpartei“.

Dieser Schritt des Herrn Lednicki besagt nichts weniger, als den Abbruch engerer Beziehungen zwischen den Polen und den Kadetten, d. i. demjenigen Teil der Russen, der bisher ostentativ polenfreundlich war und jetzt mit Protopopow als regierungsfähig anerkannt

wurde. Auf die Seite der Konservativen, die seit jeher antipolnisch sind, können sich die Polen nicht stellen.

Somit bleibt den in Russland lebenden Polen nur — der Kampf.

* * *

Gewiss lassen sich aus dem polnischen Lager auch andere Stimmen vernehmen. Wir haben aber keinen Grund die Richtigkeit der Angabe eines Petersburger Tageblattes anzuzweifeln, welches bekauptet, dass jene anderen von „armen Menschen“ herkommen, die eine kleine vereinzelte Gruppe bilden und ein Blättchen . . . für die offizielle Welt herausgeben ohne Einfluss, ohne Bedeutung unter den eigenen Landsleuten.

Weitere Schilderungen und praktische Weisungen wären hier nicht angezeigt.

Wir fassen uns also kurz. Die Polen sind in Russland eine Macht, die sich aber von national-polnischen Interessen leiten lässt. Von einem Russophilismus pur et simple kann hier keine Rede sein; das Verhalten dieser Polen zu Beginn des Krieges ist ja erklärlich, nachher liessen sie sich von den Tatsachen eines besseren belehren; einerseits dank dem Verhalten der Entente-Freunde, die die polnische Frage als eine internationale behandeln, doch zu deren Lösung nicht beitragen können, andererseits dank den siegreichen Zentralmächten, die mit faktischen Beweisen und grosszügigen Plänen voranleuchten . . .

Diese Polen gedenken nach dem Kriege in ihre Heimat zurückzukehren und auch diejenigen, die gezwungen sein sollten in Russland zu verbleiben, werden nicht aufhören für die Interessen ihres Vaterlandes zu wirken. Diese Interessen laufen aber parallel mit denjenigen der Zentralmächte. Das hat bereits das Leben erwiesen. Nur die Zentralmächte sind imstande dem wiedervereinigten Polen faktisch seine staatliche Unabhängigkeit wiederzugeben, ohne Gefahr zu laufen, wie sie Miljukow für Russland von einem freien Polen für

Russland voraussieht. In dieser Beleuchtung gewinnt die Haltung der Polen in Russland für die tatkräftige praktische Politik eine besondere Geltung.

Das Nationalitäten-Problem im alten Polen.

„Polnische Wirtschaft", das „aggressive und expansive Polentum", „polnische Intoleranz und Unterdrückung fremder Nationalitäten", das sind die Stichwörter, die Polens „Freunde" stets bei der Hand haben, wenn sie gerechte Ansprüche der Polen damit widerlegen wollen, die Polen hätten es früher „ebenso" getrieben und andere unterdrückt; es widerfahre ihnen jetzt nur gleiches für gleiches; sie hätten somit kein Recht zu besonderen Klagen. Und immer wieder verweisen sie triumphierend darauf, das die Polen weite russische und litauische Schichten polonisiert d. h. entnationalisiert haben.

Sie vergessen das eine und wichtigste. Es gibt zweierlei Entnationalisierungsprozesse. Der eine, den man nicht genug verdammen noch beklagen kann, ist ein gewaltsamer; Staat und Gesellschaft missbrauchen ihre Mittel, Macht, Ansehen, um durch Schule, Amt, Kirche, in Umgang und Verkehr, auch durch direkte Verbote, ein Volk um seine Art und Sprache zu bringen, es zur Assimilation d. i. Aufsaugung durch ein anderes zu zwingen. Der andere Prozess gestattet dem Staate oder der Gesellschaft keinerlei gewaltsame oder auch nur direkte Eingriffe irgend welcher Art; lässt allein die Zeit und mit ihr die höhere Kultur wirken und heimst nur die reifen Produkte dieser ruhigen Entwicklung ein. Dem alten Polen war jener gewaltsame Prozess absolut fremd; es hat nur diesen andern, humanen, selbstverständlichen walten lassen. Das lehrt ein Blick auf seine Geschichte.

Polen ist das gelobte Land des Partikularismus gewesen. Die Herrschaft der ersten Piasten dauerte zu kurz, um die alten Stammesunterschiede (wie es etwa

in Böhmen oder Ungarn der Fall war), völlig auszugleichen; diese lebten in der Periode der Teilungen wieder auf und ein Masovien z. B. erhielt sich in seiner Selbständigkeit bis tief in das sechzehnte Jahrhundert hinein; Gross- und Kleinpolen blieben fast ebenso gesondert, verlangten stets, dass nur ein Terrigena, ein in der „Provinz“ Begüterter — Provinzämter bekleide. Dazu kommen Länder, wie Rotreussen, Podolien und namentlich Litauen, in dem ja kein Pole ein höheres geistliches oder weltliches Amt bekleiden durfte, eine Sonderstellung, die erst die Konstitution des 3. Mai 1791 beseitigte. Es ist daher kein Zufall, wenn der „Litauer“ Mickiewicz seine nationale Epopöe, das goldene Buch der Polen mit einem „Litauen, mein Vaterland“ eröffnet. Freilich unterschied sich der polnische Partikularismus ganz erheblich vom deutschen, denn der polnische Partikularist an seiner Provinzscholle haftend, erhob sich frühzeitig zu nationalem Gesamtbewusstsein: er war z. B. schon im sechzehnten Jahrhundert gente Ruthenus, natione Polonus. Daher hat denn auch Neupolen, d. i. das durch Kulturarbeit vom alten Polen aus, neu gewonnene Land im acht- und neunzehnten Jahrh. aus seinen Reihen die polnischen um die bedeutendsten Taten- und Geisteshelden verstärkt; ein Rejtan, ein Kołłątaj, ein Kościuszko, ein Mickiewicz und Towiański, ein Moniuszko, setzten nur fort, was unter anderen Bedingungen und auf ihre eigene Weise die Radziwiłł, Chodkiewicz, Wisznowiecki, Czartoryski und andere litauische und russische Grossen für das gemeinsame Vaterland leisteten oder planten.

Im alten Polen gab es wohl konfessionelle, soziale und politische Gegensätze, Kämpfe, Unterdrückungen sogar, aber nie und niemals nationale. Ein Radziwiłł und Chodkiewicz konnten 1569 Zornestränen über die angebliche Vergewaltigung ihres Litauen vergiessen, aber sie schrieben, dachten, sprachen nur noch polnisch; ihr politischer Polenhass vereinigte sich völlig mit dem nationalen Aufgehen im Polentum. Den Fürsten Kon-

stantin Ostrogski haben namentlich Russen zu einem russischen Nationalheiligen erhoben wegen seines Widerstandes gegen Rom und die Union, wegen seiner Förderung der Orthodoxie und ihres Schrifttums, aber in der Petersburger öffentlichen Bibliothek liegt sein Brief an seinen Sohn, wo er von sich spricht: wir sind Polen. Und als die Kosaken 1648 mordeten, mordeten sie neben den Juden ihre eigenen unierten Brüder, weil sie ihnen den Abfall vom alten Glauben nicht verzeihen konnten; dagegen machte die gemeinsame Nationalität nichts aus.

Schon durch seine Geschichte wie durch sein Temperament war der Pole zu weitgehendster Toleranz schon damals verpflichtet, als ausserhalb Polens in ganz Europa Toleranz noch völlig unbekannt war, nicht gewürdigt, nur verdächtigt werden konnte. Polen hatte Millionen orthodoxer, russischer Untertanen (samt ihrem Adel), war daher zu ihrer Duldung gezwungen und erwarb sich daher im Abendland den von seinen Feinden ausgestreuten Ruf, Hort und Schutz der Schismatiker d. i. der Heiden zu sein, zu einer Zeit, wo man gegen alle Gebote der Kirche auch den zum Katholizismus übertretenden Schismatiker von neuem taufte, als wäre er wirklich Heide! Wenn also das herrschende Volk eine fremde Konfession neben der eigenen duldete, wie hätte es eine fremde Nationalität, worum sich damals niemand kümmerte, unterdrücken sollen? Wir können das am besten an der Behandlung, die die deutschen Städter in Polen erfuhren, beurteilen. Ihr Versuch, auf Kosten des polnischen Staates eine politische Rolle zu spielen, wurde blutig unterdrückt, aber ihren deutschen Charakter focht niemand an; sie selbst nahmen langsam polnische Sprache und Sitten an; wir haben aus dem 15. Jahrh. offizielle Aufzeichnungen über viele Krakauer Bürger, aber wie selten wurde einer, meistens ein altes Weib, als „ganz deutsch“ d. h. ohne Kenntnis des Polnischen bezeichnet. Trotzdem wurden ihre Stadtbücher noch in deutscher Sprache geführt, als sie alle längst doppelsprachig waren oder ihr Deutsch vergessen hatten

und in der grossen Marienkirche predigte im Hauptschiff der deutsche Geistliche vor leeren Bänken schon im 15. Jahrh., während im Seitengang um den polnischen sich alles drängte, aber erst 1536 wurde diesem Umstand offiziell Rechnung getragen und die deutsche Predigt nach einer kleineren Kirche verwiesen. Im polnischen Preussen fochten Adel und Städte (Danzig) um ihre politischen Rechte und Sonderstellung, niemals um ihre nationalen; höchstens war es der Danziger Magistrat, der das Polnische von der Stadt fernhielt und Beispiele von Intoleranz abgab. Denselben Prozess können wir auf reussischem Boden beobachten. Niemand focht russische Schrift und Sprache an; ihrem Partikularismus folgend, bedingten sich Litauer und Reussen ihre russische Amtssprache aus und erhielten aus der Kanzlei des Kanzlers so lange russische Schreiben und Urkunden, bis sie sie selbst nicht mehr lesen konnten und den Ersatz durch polnische forderten: so wurde Polnisch in Litauen und Reussen Amtssprache, während es in Polen selbst — das Latein war. Wir kennen russische Handschriften des 15. und 16. Jahrhunderts, die aus Privatbesitz stammen. Anfangs lesen die Familienglieder diese Texte fleissig und tragen hier russische Notizen ein; dann schreiben sie selbst schon polnisch, aber lesen noch den russischen Text; nach 1620 können sie auch das nicht mehr; sind ausschliesslich polnisch geworden.

Und wie erging es den Juden in Polen? In Deutschland zu Tode gehetzt, fanden sie hier eine zweite Heimat, konnten ungestört ihren deutschmittelalterlichen Dialekt erhalten, haben förmlich einen Staat im Staate gebildet (mit unabhängigen Tagungen, Verwaltung, Repräsentation), gediehen vortrefflich (erst der Kosakenaufstand 1648 versetzte ihrem Wohlstand einen Todesstoss) und entfalteten eine literarische Wirksamkeit, die ihresgleichen suchte: aus den Schriften dieser litauisch-polnischen Juden (Isaak von Troki u. a.) schöpften die Enzyklopädisten ihre giftigsten Waffen gegen das

Christentum: trat einer von ihnen zum Christentum über, wurde er eo ipso, wenigstens in Litauen, adelig. Und welche Sonderstellung haben sich mit Umgehung aller Gesetze die litauischen Tataren zu erringen gewusst! Ebenso erfreuten sich die zahlreichen Armenier weitgehender Privilegien; schliesslich vergassen sie ihr Armenisch und wurden ganz Polen — ohne jeden geringsten Zwang.

(Schluss folgt)

Polnische Kundgebungen.

Der berühmte Schriftsteller Wacław Sieroszewski hielt neulich in mehreren Provinzstädten des Königreichs Polen interessante Vorträge über das Eingreifen Rumäniens in den Weltkrieg und über die Haltung der Polen.

Am 8. Oktober sprach er über dasselbe Thema in dem angeblich russophilen Łódź, und der vollgepfropfte Saal aufmerksamer Zuhörer wäre allein schon geeignet diesen unverdienten Vorwurf zu widerlegen.

Der Prelegent schilderte die geographische Lage und die sozialen Verhältnisse Rumäniens, darauf erörterte er die Bedeutung des rumänischen Eingreifens für die Kriegsgeschehnisse; im Interesse des raschen Friedens sei es erwünscht, vom Standpunkte sowohl der Polen, wie auch der Zentralmächte, baldmöglichst die Idee eines unabhängigen Polenstaates und einer polnischen Armee zu verwirklichen. Der Vortragende wies darauf hin, dass der heisse Wunsch nach Selbständigkeit die weitesten Schichten der Nation beseele; als neulichen Beweis gab er den Wortlaut des Warschauer Beschlusses vom 3. September wieder, wonach die Repräsentanten sämtlicher Schichten der polnischen Gesellschaft sich an die Zentralstaaten um Beistand zur Organisierung einer polnischen Armee wenden, damit diese noch im Laufe dieses Krieges gegen Russland losziehen könnte. Dem Vorlesen dieser Stelle folgten Bravorufe.

* * *

Eine Bauernversammlung.

Für das in jüngster Zeit schnell sich steigernde Nationalbewusstsein des als russophil oder indifferent verschrieenen polnischen Bauern, sprechen am beredtesten häufige Bauernversammlungen, die in der letzten Zeit stattfinden. Der imposanten Bauernversammlung

in Gostin folgte am 8. Oktober eine in Garwolin, an welcher sich hunderte von Bauern und gegen 200 Personen aus den Intelligenzkreisen beteiligten.

Nach den Ausführungen der Leiter des Klubs der Anhänger des polnischen Staatswesens, machte den grössten Eindruck die Rede eines alten, angesehenen Bauern Nocznicki. Aufs entschiedenste bekämpfte er die umlaufenden Gerüchte, als ob die zarische Regierung das Volk mit Grundbesitz beschenkte und sich um das Wohl des Landes kümmerte. Seine Ausführungen schloss Nocznicki mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit eines Bündnisses Polens mit den Zentralmächten, weil wir stark sein und Bundesgenossen haben müssen, um den Moskowiter von unserem Lande fernzuhalten. Dazu brauchen wir aber einen eigenen Staat, einen König und eine polnische Armee, die uns vor einem moskovitischen Ueberfall schützen müsste. Nachher werden wir gemeinsam mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn den Moskowiter weit nach Osten verdrängen.

Darauf ergriff Herr Studnicki das Wort, und führte aus, dass zur Sicherung der staatlichen Existenz und der ökonomischen Entwicklung Polens, es unumgänglich nötig wäre, die Russen über die Düna und Beresina zurückzudrängen. Der folgende Redner, Herr Kaczorowski besprach die bisherigen Leistungen der polnischen Legionen und die Notwendigkeit der Bildung einer polnischen Armee.

Der Vorsitzende erklärte darauf, dass die Ausführungen der Redner mit dem Programm von zehn politischen Unabhängigkeitsparteien übereinstimmen, welches in drei grossen Volksversammlungen angenommen wurde. Zum Schluss las er eine Resolution vor, die also lautete:

„Die am 8. Oktobes in Garwolin versammelten Bauern und Vertreter anderer Stände geben nach öffentlichen Beratungen über den Krieg und die polnische Frage folgende Erklärung ab:

Wir erachten eine eventuelle Rückkehr der Moskowiter als das grösste Unglück für unser Land.

Wir wollen einen polnischen Staat besitzen, d. i. unsern eigenen König, unsere eigene Regierung und unsere eigene Armee.

Wir wissen, dass nur dasjenige Volk sich der Freiheit und Achtung würdig zeigt, das um seine Freiheit kämpft. Wir wünschen daher einen Kampf mit Russland um unsere Freiheit, wir wünschen durch unser Eingreifen die Beendigung des Krieges zu beschleunigen und an dieser glücklichen Lösung teilzunehmen. Wir wenden uns also an die Mächte, die den Krieg gegen Russland führen und diesen Feind aus dem grössten Teil Polens bereits verdrängten, mit dem Wunsche, einen polnischen Staat zu proklamieren und uns bei der Bildung einer polnischen Armee, die sich noch an dem gegenwärtigen Kriege beteiligen könnte, zu unterstützen."

Dieser einstimmig angenommenen Resolution folgten enthu-

siastische Rufe: „Es lebe der polnische Staat und die polnische Armee“.

* * *

Ein sozialistischer Aufruf.

Die Chemnitzer „Volksstimme“ gibt eine Denkschrift der polnischen sozialdemokratischen Partei in Oesterreich wieder, die an die Konferenz der neutralen sozialistischen Parteien im Haag gerichtet war, dort aber zu spät eintraf. Das höchst beachtenswerte Dokument führt u. a. folgendes aus:

Wesen und Lösung der nationalen Frage bestehen darin, dass jedes auf einem bestimmten Territorium ansässige Volk, durch Sprache, Charaktereigenschaft und historisches Schicksal in seinem Bewusstsein zu seiner Nation verbunden, seine eigene staatliche Organisation besitzen soll. Verfällt ein Volk der Fremdherrschaft, so beeinträchtigt diese Tatsache in schwerer Weise die Entwicklung der Demokratie im herrschenden Volke und bewirkt eine Hemmung jeder normalen gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit für das beherrschte Volk. Die besitzende Klasse der herrschenden Nation eignet sich direkt und indirekt einen Teil des Arbeitsproduktes der beherrschten Nation an, lässt an dieser Aneignung weite Kreise der weniger bemittelten Bevölkerung, der Kleinbürger, Bauern und Intelligenz ihres Volkes, teilnehmen, deren Söhnen sie ein privilegiertes Tätigkeitsfeld im beherrschten Lande eröffnet, rechtfertigt durch die Mittel der Gewalt, welche sie im beherrschten Lande anwendet, den Bestand dieser Methoden und dieser Gewalt auch für das eigene Volk . . .

In weit höherem Masse noch leidet unter der Fremdherrschaft das beherrschteVolk, am stärksten dessen arbeitende Klassen. Die Interessen und die Notwendigkeiten der besitzenden Klassen des herrschenden Volkes werden überwiegend massgebend für die Bestimmung der Daseinsbedingungen des beherrschten Volkes, welchem mit Bedacht, um es in seiner Gewalt zu behalten, die ungehinderte Entwicklungsmöglichkeit, insbesondere auch auf kulturellem Gebiete genommen wird . . .

Wenn die Nationsgenossen bei der Betätigung auf verschiedenen Lebensgebieten unmittelbar bei jedem Schritt den Zwang empfinden, wenn die Kinder in der Schule nicht die Möglichkeit haben, in ihrer Muttersprache den Ausdruck für ihre Bedürfnisse und Leiden zu erlernen und mit ihrer Qual als Stumme durch das Leben wandeln; wenn sie als Erwachsene in Amt und im öffentlichen Leben fremde Gewalt empfinden, und nicht ihrem Empfinden und Fühlen in der ihnen eigenen Weise Ausdruck verleihen dürfen; wenn man ihnen ihre Ideologie, die Bejahung ihres sozialen Daseins verbietet, hingegen fremde Art, fremde Charaktereigenschaften und fremde Herrschaft auf Schritt und Tritt mit Gewalt aufdrängt; wenn all diese ewigen Hemmungen

und Fesseln im eigenen Lande sich häufen, steigern, wenn alle Mittel der Entwicklungsmöglichkeiten aller Klassen einer Nation abgeschnitten werden, entsteht in dem Lande ein unerträglicher Zustand, welcher eine normale gesellschaftliche Entwicklung und ein normales Leben der Nation und des Individuums hemmt. Nationale Freiheit ist daher zumindest in demselben Masse wie politische Freiheit ein unumgängliches Erfordernis der Demokratie.

Um diese Welt von Unheil und Unglück von jedem Volk fernzuhalten, hat jede Demokratie und daher auch die Demokratie in ihrer vollendetsten Form, die Sozialdemokratie, den Krieg zur Verteidigung der Unabhängigkeit und der Freiheit der Nation anerkannt und diesem Prinzip durch die Aufnahme der Forderung auf Wehrhaftmachung des ganzen Volkes in das Parteiprogramm seine Sanktion verliehen . . .

Und mit gleicher Kraft wehrte sich das Proletariat gegen Annexionen von nationsfremden Landesteilen, weil diese seine ökonomische, politische und ideologische Stellung gegenüber den herrschenden Klassen schwächen. Landesverteidigung und der Kampf gegen Annexionen beruhen auf demselben Grunde. In Ländern, welchen die Gefahr droht, entweder Eroberungen zu machen oder selbst Fremdherrschaft zu erleiden, erfodert der Kampf gegen Annexionen das Eintreten für die Landesverteidigung, denn wer ernstlich gegen Annexionen sich wehren will, muss in erster Reihe trachten, dass sein eigenes Land nicht zum Objekt fremder Eroberung werde, muss daher den Feind von den Landesgrenzen abwehren.

Unzweifelhaft ist dem Kampfe gegen Annexionen und für die Verteidigung des eigenen Landes der Kampf für die Lostrennung eines unterdrückten selbständigen Volkes von einem nationsfremden unterdrückenden Staate gleichzustellen. In dieser Lage befindet sich heute Polen.

Die Denkschrift weist dann materiell den gegen die Lostrennung Polens von Russland erhobenen Einwand ab, dass dadurch Polen wirtschaftlich schwer geschädigt würde, sie erklärt darüber hinaus, dass für die Haltung einer Nation in ihren Existenzfragen solche Erwägungen nicht entscheidend sein können. „Die Unabhängigkeit des Landes steht höher, als die Bewahrung einiger Absatzmärkte.“ Eine Befreiung Polens im Frieden, etwa durch eine Revolution, erscheint undenkbar. Nur der jetzige Krieg schafft dafür günstige Aussichten. Die Polen wollen sie sofort benützen. An ein russisches Autonomieversprechen glaubt nach den Vorgängen in Finnland niemand mehr. Auch an eine grundlegende Umwandlung Russlands durch eine Revolution, wenigstens in naher Zukunft, vermögen die Verfasser der Denkschrift nicht zu glauben. Russland bleibt der Erobererstaat, vor dem kein Nachbar sicher ist. Polens Befreiung ist daher auch eine Notwendigkeit für die ungestörte Entwicklung Europas, das ein neues Bollwerk gegen Osten braucht. Die Denkschrift schliesst

mit den Worten Marx': „Vor Europa steht eine Alternative: Entweder das asiatische Barbarentum wird unter moskowitischer Führung wie eine Lawine Europa überschwemmen oder Europa muss Polen befreien und sich auf diese Weise durch ein Heer von 20 Millionen Helden vor Asien schützen, bis die Stunde der sozialen Befreiung schlägt." Deshalb fordert die polnische Sozialdemokratie die Hilfe ihrer neutralen Parteigenossen für Polens Loslösung von Russland.

Aus dem österreichischen Okkupationsgebiete.

Lublin, 8. Oktober.

Neben dem politischen Ideale ist sicherlich das Schulwesen — Gegenstand unserer grössten Fürsorge und Gebiet unserer emsigsten Betätigung. Nun wurde uns die Möglichkeit geboten intensiver für die nationale Schule zu arbeiten, u. z. im Gouverncments-Schulrat, der von dem k. u. k. General-Gouverneur zur Förderung des Schulwesens, der Erziehung und Schulaufsicht ins Leben gerufen wurde.

Der Gouvernements-Schulrat wird sich mit sämtlichen Angelegenheiten des Schulwesens, Erziehung und Schulaufsicht betreffenden Angelegenheiten innerhalb des militärischen General-Gouvernements befassen, wie auch mit solchen, die der General-Gouverneur in besonderen Fällen dem Schulrat zur Prüfung überweist. Der Schulrat hat daher sein Gutachten abzugeben: bezüglich Verordnungen, Rundschreiben, Voranschläge, Schulbücher, Lehrmittel, Eröffnung, Vergrösserung, Führung und Schliessung von Schulen und Bildunganstalten, wie auch betreffs Unterstützung privater Bildungs- und Erziehungsanstalten. Ueberdies ist der Schulrat ermächtigt aus eigener Initiative dem General-Gouvernement Anträge zu stellen. Zum Präsidenten des Schulrats wurde der Chef des Zivillandeskomissariats ernannt, zu Mitgliedern: drei Vertreter der katholischen Kirche, einer der israelitischen und einer der evangelischen Gemeinden; vier Fachmänner auf dem Gebiet des Schul-

wesens, je ein Vertreter der Städte: Kielce, Lublin, Piotrkow, Radom, sechs Vertreter des Zentral-Rettungskomitees und ein Repräsentant des Schulvereins „Macierz Szkolna".

Die Vertreter der katholischen Kirche ernennt der militärische General-Gouverneur im Einvernehmen mit den Bischhöfen in Kielce, Sandomierz und Lublin, den Vertreter der evangelischen Gemeinden im Einvernehmen mit dem evangelisch-augsburgischen Superindanten in Lublin, und den der jüdischen Kultusgemeinden im Einvernehmen mit den israelitischen Kultusgemeinden in Kielce, Lublin, Piotrkow und Radom. Fachmännische Sachverständige ernennt der General-Gouverneur auf Antrag der bürgerlichen Organisationen.

Mit Genehmigung des General-Gouverneurs darf der Gouvernements-Schulrat Meinungen und Berichte ausserhalb des Schulrats stehender Personen entgegennehmen.

Mitglieder des Schulrats können sich über den Stand und Führung öffentlicher und privater Schulen auf Grund persönlicher Wahrnehmungen überzeugen. Die sich daraus ergebenden Folgerungen sind schriftlich dem General-Gouvernement vorzulegen. Sofern diese Mitglieder von dem betreffenden Militärkommando nicht mit der Pflicht der Schulaufsicht betraut wurden, müssen sie sich mit der Antragstellung beschränken. Es ist ihnen dagegen nicht erlaubt, Schulleitern, Lehrern und Aufsichtsorganen irgend welche Unterweisungen zu übermitteln, die den Anschein amtlicher Verordnungen hervorrufen könnten.

Der General-Gouverneur ernennt auf Antrag des Gouvernements-Schulrats aus zwei oder drei Mitgliedern einen Ausschuss des Gouvernements-Schulrats. Vorsitzender ist Chef der Schulsektion; dem Ausschuss wird von Fall zu Fall noch ein Beamter des General-Gouvernements zugeteilt. Der Ausschuss soll in der Vorbereitung der Angelegenheiten behilflich sein, über die der Gouvernements-Schulrat zu beraten hat. Dieser

Ausschuss wird auf Verordnung des Chefs der Schulsektion des General-Gouvernements, zumindest einmal monatlich zusammentreten.

Wir leben ja in einem provisorischen Zustande, doch die Fortschritte auf dem Gebiete der Bildung sind für unser vernachlässigtes Land von bleibendem Wert. Wie beträchtlich diese Fortschritte sind, ergeht aus der Tatsache, dass in einem einzigen Bezirke Zamość, die Gemeindevorstehungen zu Beginn des neuen Schuljahres die Eröffnung von 116 neuen Schulen beschlossen haben.

Die Gouvernementverwaltung hat für die Volksschullehrer einen fünfmonatigen Lehrkurs in Kielce, Lublin, Piotrkow und Radom, ferner einen vierwöchentlichen Ferienkurs für 644 Lehrerkandidaten errichtet.

Mit dem laufenden Schuljahr wurden fünf neue Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten, drei neue Gymnasien und eine Realschule eröffnet.

Die Lehrerkorporationen tragen ihrerseits viel zur Hebung des Unterrichtsniveau bei, indem sie sich eifrigst in verschiedenen Kommissionen, Lehrerversammlungen, wie auch in Redaktionen mustergiltiger fachmännischer Zeitschriften betätigen. So fand denn am 21. und 22. v. M. in Radom eine Lehrerzusammenkunft statt. Nachdem die Nationalhymne: „Boże coś Polskę“ vorgetragen wurde, eröffnete der Vertreter des Vorsitzenden der Schulkommission die Beratungen, mit dem Hinweis auf die grosse Rolle des Lehrers, als Erzieher der Nation, als Pionier, der unter schwierigen Verhältnissen, der nationalen Zukunft — der neuen Generation — den Weg ebnet.

Nach Konstituierung des Präsidiums, ergriff das Wort der Vicepräsident des Lehrervereines in Radom. Er äusserte seine Freude, dass es der Lehrerschaft vergönnt sei über hochwichtige Fragen gemeinsame Beratungen zu pflegen und mit der ganzen polnischen Gesellschaft Hand in Hand zu gehen. Die Schulkomission sei eine Stütze der Volksbildung, sie werde mit der

Initiative vorgehen, Mut und Kraft zur weiteren Arbeit auf dem Gebiet des Schulwesens verleihen. Es dämmert bereits eine bessere Zukunft, die der polnischen Schule die volle Erfüllung ihrer schwierigen, verantwortungsvollen und ehrenden Aufgabe ermöglichen wird.

Darauf wurde ein Bericht über die Tätigkeit des Lehrervereines erstattet.

Aus den einzelnen Lehrerberichten geht hervor, dass das Volksschulwesen im Bezirk Radom erfreuliche Fortschritte aufweist. Die Eltern lassen gern ihre Kinder die Schule besuchen und stehen zu der Lehrerschaft im freundlichsten Verhältnis.

Es folgten Vorträge: „Ueber die Grundsätze der Pfadfinderbewegung“, und „Bemerkungen über die Pfadfinderbewegung vom sozial-nationalen Standpunkte“.

Als Ergebnis der Diskussion sind Anträge zur Gründung von Pfladfindervereinen, aus älteren Schülern und der bäuerlichen ausserschulpflichtigen Jugend, zu verzeichnen.

Lebhaft wurde das Referat von Frau St. Wrońska: „Ueber den Unterricht der vaterländischen Geschichte“ erörtert. Man kam überein, dass die Geschichte Polens, als Grundlage der nationalen Erziehung, im Unterrichtsplan den ersten Plalz einzunehmen habe.

Ich habe weitläufiger diese Zusammenkunft besprochen, da sie typische Züge aufweist. Solcher Zusammenkünfte gibt es nämlich viele und sie lassen immer wieder den Vergleich mit früheren Zeiten aufkommen, wo solche Freiheit und bürgerliche Gesamttätigkeit in einer vom polnischen Geist durchglühten Atmosphäre, in das Bereich von Unmöglichkeiten gehörten.

Von Tag zu Tag lässt sich denn auch das sichtliche Zunehmen der Kultur und ihr Einfluss in allen Gebieten des Gesamtlebens verfolgen. Als beredtestes Zeugnis wäre in dieser Hinsicht das Chelmerland anzuführen, wo zur Zeit der Russenherrschaft jedwede kulturelle Tätigkeit ausgeschlossen war und selbst der

polnische Elementarunterricht — insofern er von russischen Häschern aufgespürt wurde — Gefängnisstrafe zu gewärtigen hatte. Unter solchen Verhältnissen konnte selbstverständlich der polnische Unterricht, als illegal und geheim, nicht weit bringen.

In dieser Richtung gehemmt, hatte sich der Betätigungsdrang der Chelmer Polen zu jener Zeit auf dem Gebiet der ökonomischen Selbsthilfe entladen, was umso erwünschter war, als es eine gewisse Stütze im Kampfe gegen die russische Bauernbank und andere vom nationalen Standpunkte schädliche Elemente bot. Die russische Bauernbank gewährte Kredit nur der orthodoxen Bevölkerung und kaufte wo möglich — am liebsten bei polnischen Grundbesitzern — Boden, um ihn dann für die orthodoxe Bauernschaft zu parzellieren. Eine Gegenwehr sollte nun die Kreditanstalt „Pomoc" (Hilfe) bilden, die zwar dem russischen Konkurrenten nicht gleichkam, immerhin aber der polnischen Bevölkerung gute Dienste leisten konnte.

Bedeutend besser entwickelte sich eine unter dem Schutz der „Hilfe" stehende Nahrungsmittel-Kooperative, die in der Provinz vier Filialen besass. Die Kooperative wirkt auch jetzt, verdankt aber ihre Existenz vornehmlich der Unterstützung seitens des privaten Schulwesens und kultureller Institutionen, wie die Volksuniversität, Volksbibliothek usw. Das Chelmer Land trägt im ganzen den polnischen Charakter, was auch für andere Landesteile zutrifft.

In unseren Städten herrscht zurzeit reges Leben: wir stehen ja vor den ersten Stadtverordnetenwahlen. Sie werden eher im Zeichen einer sozialen, denn einer politischen Bewegung stehen. In der Politik konsolidiert sich die weitaus grössere Majorität unter der Unabhängigkeitslosung.

Mit Bewilligung des Militär-Gouverneurs wurde in unserer Stadt ein Bürgerklub gegründet, der bereits eine vielseitige Tätigkeit entfaltet. In der politischen Frage erklärte er sich solidarisch mit der Deklaration

des Warschauer Gemeinderates und kündigte an, dass er auf Grund der städtischen Wahlordnung an der kulturellen Arbeit, wie auch an den Gemeindewahlen teilnehmen werde. Fr. Morski.

Pressestimmen.

Polnische Presse.

Polnisch-deutsche Beziehungen.

Der in Piotrków erscheinende „Dziennik Narodowy“ bringt am 7. 10. u. d. T. „Wie Polen zu gewinnen ist?“ über die Beziehungen zwischen Polen und den Zentralmächten, folgendes:

„Alle Garantien sind gegenstandlos, wenn sie sich nicht auf Interessen stützen, alle Garantien sind überflüssig, wenn für sie die allgemein anerkannten Interessen sprechen. Es besteht eine einzige Garantie für die antirussische Front seitens des künftigen, polnischen Staates; dies ist die Zufriedenheit der Polen, Bewohner des eigenen Landes. Wenn der von den Zentralmächten geschaffene Polenstaat die Polen insofern zufriedenstellt, dass sie sich nicht als geknechtet und abhängig fühlen, dass sie über sich selber frei bestimmen, und die ihnen so teure Sonderkultur werden pflegen können, — dann wird sich eo ipso ihre Front gegen den wenden, der sie in Knechtschaft und Abhängigkeit hielt, der ihnen nicht gestattete, sich im eigenen Lande als Wirte zu fühlen, der mit allen Mitteln ihre Sonderkultur unterdrückte: — folglich gegen Russland. Ein Monarch, eine eigene Regierung, eine von der Nation festgelegte Verfassung, eine Armee, ein von der polnischen Regierung geleiteter Verkehr — bilden die sicherste Grundlage eines Bündnisses mit den Mächten, welche die Wiederherstellung des Polenstaates bewirken werden.

Wir sind uns darüber vollkommen klar, dass der deutsche Soldat nicht für unsere Sache blutete und verlangen es auch gar nicht; mag jeder nur sein eigenes Vaterland beschützen. Die polnischen Soldaten verstehen würdig, ohne das Andenken ihrer ritterlichen Vorfahren zu schmälern, ihr Blut für ihr Vaterland, für den zukünftigen Polenstaat zu vergiessen. Beredtes Zeugnis für die Wahrheit dieser Worte seien Tausende der bereits gefallenen Legionäre, für das noch garnicht vorhandene Polen, für das erst auferstehende Vaterland! Wir gehen redlich Hand in Hand mit den Zentralmächten gegen Russland. Wir wissen, dass zwischen den Zentralstaaten und der polnischen Nation gemeinsame Interessen bestehen. Wir wollen an der Verteidigung dieser unseren von Russland bedrohten Interessen teilnehmen, wünschen daher, dass uns die Zentralstaaten die Organisierung einer polnischen Armee und eines

polnischen Staates erleichtern. Eine gegenseitige Garantie dieses Bündnisses mit den Zentralmächten sollte nur die Berücksichtigung sowohl ihrer wie unserer Interessen bilden. Wir riskieren doch hundertfach mehr, da wir im Fall einer Niederlage seitens Russlands der schrecklichsten Rache für Staatsverrat zu gewärtigen haben, und aus der martervollen Vergangenheit unserer Nation wissen wir wohl, wie sich dieser unser Feind zu rächen versteht!

Wenn wir daher in vollem Bewusstsein zur Waffe gegen Russland griffen, so geschah es nur in der Hoffnung, dadurch die grundsätzlichsten polnischen Aspirationen: nach einem Staat, König und Armee befriedigen zu können. Eine Enttäuschung wird uns nicht zum Bollwerk des Westens machen; zufriedengestellt, wollen wir zu einem wertvollen Bundesgenossen der Zentralstaaten werden. Damit müssen die Realpolitiker rechnen und danach ihre Wahl treffen.“

II. Deutsche Presse.

Was wird aus Polen?

Weder in der Rede des Kanzlers, noch in der Debatte, die sich an die Ausschusssitzung anknüpfte, hat man sich in bestimmter Weise über die polnische Frage ausgesprochen. Der Ausschuss selbst tagte hinter verschlossenen Türen und wir wissen nicht, was in ihm über sie gefragt und geantwortet wurde. Das deutsche Volk hat aber ein grosses Interesse daran, dass ihm bald eine Aufklärung über den Stand der Dinge in Bezug auf die Lösung dieser Frage gegeben werde. Dieses Interesse ist sowohl ein politisches, wie auch ein militärisches.

Vor einiger Zeit ging mit grosser Bestimmtheit das Gerücht um, eine endgültige Ordnung der polnischen Angelegenheit stehe unmittelbar bevor, und noch heute wird in vertrauten Kreisen erzählt, die Hindernisse zwischen der österreichisch-ungarischen und der deutschen Auffassung seien behoben und man könne in den Grundzügen das Werk als vollendet ansehen. Das wäre ja ungemein erfreulich, doch noch weit erfreulicher wäre es, wenn wir endlich etwas Näheres darüber erfahren würden.

Polen ist durch das deutsche Schwert erobert worden und zwar mit teuersten Blutopfern. Wir haben den Polen zugesagt, dass in irgend einer Form ihre nationale Selbständigkeit bewahrt wird. Niemand in Deutschland zweifelt daran, dass dies auch geschehen wird; aber wir dürfen nicht vergessen, dass auf die Polen von Seiten des Vierverbandes stark eingewirkt wird, um bei ihnen Verdacht gegen uns zu erregen. Wer die französischen und englischen Blätter liest, kann darüber nicht im Zweifel sein: Noch am 11. Oktober brachten diese Blätter lange Artikel, in denen in bewusster Breite auseinandergesetzt wird, Deutschland und Oesterreich-Ungarn hätten Polen eigentlich untereinander aufgeteilt, das beweise schon die getrennte

Zivilverwaltung und militärische Besetzung, und sie dächten gar nicht daran, freiwillig ihren Gewinn aufzugeben. Nur der Sieg der Entente könne hierin eine Aenderung schaffen.

Die denkenden Polen werden nun keineswegs diesem Sirenengesang trauen: sie wissen, dass sie sich auf uns verlassen können. Aber nicht alle Einwohner Polens sind denkende Politiker und die Verführung kann auf gewisse Kreise Einfluss haben, die sich enttäuscht fühlen, weil noch immer nichts Bestimmtes über die Zukunft ihres Landes verlautet. So lange dieses aber nicht geschieht, können wir auch nicht auf eine starke Hilfe der Polen im Weltkampf rechnen. Denn die Befürchtung, von uns aufgegeben zu werden, verhindert sie daran. Diese Befürchtung ist natürlich ganz ungerechtfertigt, das Gegenteil ist zutreffend; aber gerade, weil es so ist, scheint es an der Zeit zu sein, endlich den Schleier des Geheimnisses zu lüften. Politisch haben wir das grösste Interesse daran, das Westslaventum, das dem orthodoxen Panslavismus feind ist, selbständig zu machen und in ihm einen Damm gegen die russische Flut zu errichten. Militärisch ist uns die Unterstützung des Polenvolkes und der starken Festungsgürtel gegen Russland heute wie für die Zukunft eine willkommene Hilfe. Niemand weiss das besser als unsere Gegner; und daher bestreben sie sich unablässig, Misstrauen in Polen auszusäen. Nicht nur die wenigen russophilen Polen dienen ihnen hierzu als Agenten, sondern sie haben sich auch neutrale Helfer erworben.

Wir dürfen auch darüber nicht im Zweifel sein, dass man von Paris und London aus die grössten Anstrenguugen unternimmt, um von dem Zaren ein Versprechen, und zwar ein genau bestimmtes, über die Zukunft Polens zu erhalten. Natürlich ist es dabei gleichgültig, ob dieses Versprechen später gehalten wird. Erfolgt es jetzt, so nimmt man an, das es in Kongresspolen den besten Eindruck machen und für Deutschland und Oesterreich sehr unbequem sein würde.

Aus allen diesen Gründen erscheint es sehr angebracht, dass bald von Berlin und Wien aus zu den Polen gesprochen wird, und dass wir und sie wissen, welches Schicksal ihnen bestimmt ist. Es wird ein für sie erfreuliches sein, deshalb sollte man nicht so lange zögern, ihnen hierüber Mitteilung zu machen.

(Neueste Nachrichten, München. 15. Oktbr. 1916.)

✱✱✱✱ Vom Büchertisch. ✱✱✱✱

Protest en Beroep in Zake het Amerikaansche Ondersteuningswerk voor Polen. Ingediend bij het Departement van Staat van de Vereenigde Staten van Noord-Amerika, door Felix J. Mlynarsky, Ph. D., Aufgevaardigte voor Amerika, van het Opperste Poolsche

Nationale Comité **(Protest und Appell in Sachen des amerikanischen Unterstützungswerkes für Polen. Eingereicht beim Staatsdepartement der Vereinigten Staaten Nord-Amerikas von dem Delegierten des Obersten Polnischen Nationalkomitees in Amerika Dr. phil. Felix J. Młynarski). Haag.**

Der bekannte polnische Soziologe Dr. F. Młynarski, der seit Ausbruch des Krieges' sich in Amerika, als Delegierter des polnischen Obersten National-Komitees aufhält, veröffentlichte in englischer Sprache an den Staatssekretär Lansing ein Schreiben, das nun in holländischer Uebersetzung vorliegt. In seiner Sachlichkeit und Fülle von Aktenstücken ist es eine beredte Anklage gegen die englische Regierung, die der Londoner Erklärung vom Jahre 1909 und den Bestimmungen der Haager Konferenz von 1907 zum Trotz, die Lebensmittel für die zivile Bevölkerung laut Beschluss vom 20. August 1914 als absolute Bannware betrachtet.

Als die Russen den strategischen Rückzug antraten, hatten sie nichts Dringenderes zu tun, als das blühende Polen in eine Wüste umzuwandeln. Die Folge dieses Evakuierungskrieges war der ausgebrochene Hunger, der namentlich auf dem Lande zahlreiche Menschenleben, vornehmlich Frauen und Kinder, forderte. Unter ihnen waren polnische Kinder amerikanischer Bürger, und diesen Umstand benutzt der Verfasser, um ihn der Forderung der Sicherheit für amerikanische Bürger auf hoher See entgegenzustellen. Die Tatsache, dass eine grosse Anzahl Frauen und Kinder den Hungertod gestorben ist, „kann weder mit dem Geist, noch mit dem Buchstaben des internationalen Rechts in Einklang gebracht werden“ (S. 5). Der Verfasser bekämpft in der Folge den Standpunkt, dass die Requisitionen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns diesen Hunger herbeigeführt haben, und weist nach, dass sie nicht im entferntesten mit den Wirkungen, die die russischen Evakuierungsmethoden gezeitigt haben, zu vergleichen sind. Sämtliche von amerikanischer Seite unternommenen Versuche, der bedrängten Bevölkerung zu Hilfe zu kommen, scheiterten an dem starren Trotz Englands.

Herr Młynarski, der in Verbindung mit den angesehendsten polnischen Organisationen in Amerika steht, erhebt auf Grund der angeführten Beschuldigungen gegen die Blockade Englands Protest und ermahnt den Staatssekretär Lansing, der hungernden Bevölkerung Polens sich anzunehmen, und auf diplomatischem Wege das amerikanische Unterstützungswerk zu ermöglichen.

Die Schrift Dr. Młynarski's, von Dr. Zygmunt Gargas ins Holländische übersetzt, wird zur Aufklärung der Neutralen gewiss viel beitragen.

* * *

Johannes Oehquist: Das politische Lehen Finnlands. S. Hirzel in Leipzig. (Zwischen Krieg und Frieden. Nr. 36) Preis 1.50 M.

Von Finnland, dem kleinen Ländchen mit grosser Zivilisation

im hohen Nordosten, weiss der Durchschnittseuropäer ziemlich wenig. In den letzten Jahren hat sein heroischer Kampf gegen den zarischen Absolutismus in Europa einiges Aufsehen und Teilnahme erregt, die aber bald eingeschlafen sind. Und doch ist die Geschichte Finnlands seit seiner Annexion durch Russland wie nichts anderes geeignet, in unbezweifelbarer Weise das Prinzip klarzulegen, nach welchem der russische Zarismus eroberten Provinzen gegenüber vorzugehen — man möchte sagen: gezwungen ist, insofern er seinem innersten Wesen nicht untreu werden will. Dass die polnischen Aufstände und Revolutionen es waren, die die stufenweisen Freiheitsberaubungen durch Russland verursacht haben und dass ohne diese Provokationen von seiten der Polen ihr Land sich des grössten Wohlwollens und der weitgehendsten Freiheiten erfreut hätte — diese Weisheit wurde nicht nur von klugen Bierbankpolitikern, sondern auch von ernsthaften Historikern und Staatsmännern wiederholt. Als wollte nun die geschichtliche Vorsehung der ganzen Welt ad oculos demonstrieren, wie es sich in Wahrheit mit der Sache verhält, hat sie das Schicksal Finnlands seit hundert und acht Jahren sich abspielen lassen. Johannes Oehquist erzählt es in schlichten, streng sachlichen Worten. Bis 1809 bildete Finnland einen Bestandteil des schwedischen Staatswesens, ohne in seiner Eigenart und Selbständigkeit je beeinträchtigt geworden zu sein. Seit die Schweden in 12. Jahrh. das Land erobert und es ihrem Staat angegliedert hatten, waren sie die Herren, doch nie die Bedrükker Finnlands. Seit langem schwebte über den Einwohnern die Befürchtung, dass der nach dem Meere drängende Riesenstaat im Osten, einmal des kleinen Ländchens sich bemächtigen könnte, gleichwie er auf seinem Eroberungsweg nach Europa das Polenreich zerstörte, nachdem er es ein halbes Jahrhundert lang unterwühlt hatte. Die Unfähigkeit des Schwedenkönigs Gustav Adolf IV. und seiner Heerführer bewirkte den Friedensvertrag von Fredrikshamm, in welchem Schweden ganz Finnland an Russland abtrat. Den Finnländern fiel die Trennung von ihrem „Mutterlande“ Schweden sehr schwer, allein vorsichtige und entschlossene Männer waren darauf bedacht, aus der Katastrophe wenigstens das allerwichtigste, die alten Freiheiten und Gerechtsamen des Landes zu retten. Alexander I. gab auch seinen Entschluss kund, „die Religion, die Gesetze, die Verfassung und die Privilegien des Landes zu bewahren und unverbrüchlich aufrecht zu erhalten“. Alle nachfolgenden Zaren erneuerten diese Versicherung in eindringlicher und feierlicher Weise, Finnland hatte einige Jahrzehnte lang Ruhe. In den Sechziger Jahren wurden sogar einige nicht unbedeutende Reformen in Angriff genommen. Allein den russischen Reaktionären, besonders den Panslavisten war die Freiheit und das Parlament des kleinen Staatswesens ein Dorn im Auge. Am meisten hetzte der berüchtigte Michail Katkow in Moskau, der Führer der Panslavisten und der böse Geist Russland. Aber erst seit dem Regierungsantritt Nikolaus II. begann der systematische und planmässige „Abbau“

der Freiheiten und der Selbständigkeit Finnlands — durch Reskripte und Verordnungen, die die klaren und unzweideutigen Bestimmungen der Verfassung, eine nach der andern untergruben. Die Vernichtung der verbürgten Freiheiten war nicht nur Selbstzweck, sondern verfolgte die Absicht, das Land zu russifizieren, es unter die Herrschaft der russischen Tschinowniks und militärischer Befehlshaber zu stellen, die einheimischen Elemente aus der Verwaltung zu verdrängen, das Volk in seinem eigenen Lande, auf der väterlichen Scholle zum Paria hinabzudrücken und es so nach und nach auszutilgen. Zuerst wurde die Selbständigkeit der Armee beseitigt, indem man fand, dass Finnland „nicht den Bedarf eines von der russischen Armee gesonderten Heeres“ habe; dann wurde die finnische Sprache in ihren bisherigen Geltungsbereich eingeengt. Es wurde alles darauf angelegt, dass das kleine Land mit seinen drei Millionen Einwohnern durch eine steigende Immigration aus dem Hundertundfünfzigmillionen-Reich überflutet und so das finnische Element durch das russische erdrosselt werde, und endlich vom Erdboden verschwinde. Geradezu ergreifend ist es zu lesen, wie das Volk auf alle diese Taten der Gewalt und Tücke reagierte: würdevoll, ruhig, fest, unter stetiger Betonung, dass es nur die strikte Einhaltung der von allen Zaren feierlich beschworenen Verfassung fordere. Nie haben die Finnländer einen Massenaufstand oder auch nur eine Revolte versucht: sie organisierten höchstens eine Massendeputation, die dem Zaren eine Massenpetition überreichen sollte, aber mit echt zarischer Hartherzigkeit und Hochmut abgewiesen wurde, ohne vor das allerhöchste Antlitz gelassen zu werden.

Die russische Regierung bediente sich des revolutionären Mittels der Klassenverhetzung. Agenten der russischen Geheimpolizei durchzogen, als Hausierer verkleidet, das Land und erzählten, dass die Regierung eine neue und gerechtere Verteilung des Bodenbesitzes vorzunehmen gedenke. Allem diesem gegenüber blieben die Finnländer gelassen, und liessen sich nie zu einer revolutionären Tätigkeit hinreissen. Selbst der Mörder des „Diktators“ Bobrikow hinterliess einen Brief an den Kaiser, in welchem er versicherte, er sei überzeugt, dass der Kaiser nicht von den Schandtaten seines Vertreters wisse; er handle aus Notwehr, weil die Wegräumung Bobrikows die einzige Möglichkeit bilde, die Aufmerksamkeit des Zaren auf die Vorgänge zu lenken. Er unterschrieb sich „in tiefster, untertänigster Ehrfurcht“, als „Seiner Majestät alleruntertänigster und treupflichtigster Untertan“. Nichts half. Die brutale Reaktion machte sich immer uneingeschränkter zur Herrscherin Finnlands. Die Duma tat nichts als die brutalen und rechtswidrigen Massregeln der Regierung mit einem fadenscheinigen Mäntelchen der Gesetzlichkeit zu umhängen. Wozu hatte man einen Parlamentarismus, wenn er nicht alle und jede Rechtsbeugung mit der Flagge der „Reichsinteressen“ decken sollte? Durch das „Gesetz“ v. 24. Januar 1912 über „die rechtliche Gleichstellung der übrigen Untertanen mit den finnischen Staats-

bürgern“ wurde ein Bau gekrönt, bei dessen Grundsteinlegung am 17. Juni 1910 die russischen Reaktionäre der Duma triumphierend: „Finis Filandiae!“ ausriefen. B. S.

NOTIZEN.

Die deutsche Kriegsanleihe im Königreich Polen. Im Warschauer Abteil „Ostbank“ wurde für die fünfte Kriegsanleihe eine Million Mark gezeichnet. Das Gesamtergebnis in allen Abteilen dieser Bank im Okkupationsgebiet Osten, beträgt 38 Millionen Mark.

Audienzen polnischer Politiker in Wien. In den ersten Tagen l. M. sind der österreichisch-ungarische Gesandte in Sofia, Graf Adam Tarnowski und der gew. Statthalter von Galizien, Exzellenz Bobrzyński, vom Kaiser in längerer Privataudienz empfangen worden.

Der Vicepräsident des Obersten Polnischen National-Komitees, Prof. v. Jaworski hatte eine Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen, Bar. Burian, die eine Stunde dauerte.

Die Eröffnung des neuen Schuljahres an der Warschauer Universität hat nach einer Kirchenandacht, unter Teilnahme der Vertreter der deutschen Behörden, u. z. des Kurators der Universität, Grafen Hutten-Czapski, ferner des Rektors Dr. Brudziński, der Dekane und einer zahlreich versammelten Jugend stattgefunden.

Die Inaugurationsmesse wurde vom Prälaten Czeczott verlesen, worauf der Domherr Szlagowski eine erhebende Rede hielt.

Der kirchlichen Feierlichkeit folgte eine zweite, nämlich die Enthüllung des über dem Universitätstor angebrachten polnischen Adlers. Vor dem Tor versammelten sich die Professoren der Universität und des Politechnikums mit den Rektoren an der Spitze, während die akademische Jugend sich in den Gängen drängte. Ueber den Köpfen der Versammelten wehte das Universitätsbanner.

Den Enthüllungsakt vollzog Rektor Brudziński, nachdem er in kurzgefasster Ansprache angedeutet hat, dass „heute ein neues äusseres Abzeichen des polnischen Charakters der Warschauer Universität in der Gestalt des weissen Adlers verliehen wird“. „Es lebe die Alma Mater!“ wiederholte nach dem Rektor die akademische Jugend

Das Wappen wurde künstlerisch im Atelier der Brüder Łopieński ausgeführt. Der von fünf Sternen und zwei Palmen umgebene weisse Adler natürlicher Grösse, ist nach Modellen aus der Epoche des Königs Stanislaus hergestellt. Das ganze Sinnbild ist aus Alluminium, Krone und Sterne sind vergoldet.

Die polnische Sprache im Gerichtswesen des Königreichs Polen. Eine an den Generalgouverneur Warschaus von hundert und etlichen zehnten Bürgern aus Sosnowitz unterfertigte Bittschrift um Einführung der polnischen Sprache bei den Gerichtsverhandlungen, wurde teilweise genehmigt. In nächster Zeit soll eine ergänzende Verordnung erscheinen, die den Gebrauch der polnischen Sprache bei Gerichten der ersten Instanz zulässt.

Zur Bildung eines Schulrates in Polen. Während der letzten Sitzung des Stadtrates in Warschau hat der Stadtverordnete Pawłowicz einen Antrag in der Angelegenheit des polnischen Schulwesens verlesen, und unter Hinweis auf den gegenwärtigen Zustand desselben, dringend die Bildung eines Landesschulrates empfohlen, der die Leitung sämtlicher polnischer Lehranstalten übernehmen sollte.

Darauf verlas der Vorsitzende eine von 54 Stadtverordneten unterschriebene Resolution, wonach die Annahme des obigen Antrages, zur Betonung dessen Wichtigkeit und Tragweite, ohne Diskussion zu beschliessen sei. Diese Resolution wurde angenommen.

Polnische Universitäten. Der „Kurjer Polski" vom 11. Oktober vergleicht in einem Artikel den Besuch der polnischen Universitäten in Warschau, Krakau und Lemberg mit den deutschen Universitäten in Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Das Blatt führt unter anderem an, dass die Studentenzahl beiderlei Geschlechts im vergangenen akademischen Jahre an der Warschauer Universität 1131 Hörer betrug. Die Hörerzahl an der Krakauer Universität betrug in dieser Zeit 1281, in Lemberg 1174.

Die Statistik der polnischen Schulen in Russland. Das Zentrale Bürgerkomitee in Moskau erhält zwei Schulen in Moskau und Mohilew, die von 596 Schülern besucht werden. Das Polnische Komitee in Moskau erhält 6 Schulen mit 1047 Schülern, darunter 597 Mädchen. Unter Leitung der polnischen Schulorganisation in Petersburg befindet sich eine Schule mit 300 Schülern. Die polnische Hilfsgesellschaft zugunsten der Kriegsopfer in Charkow, Kijów, Mińsk, Orioł, Smoleńsk und Witebsk erhält 7 Schulen mit 1143 Schülern. Die polnischen Organisationen in Kaługa, Kursk, Odessa und Saratow gründeten Mittelschulen, die von 220 Schülern besucht werden. Im ganzen erhalten die polnischen Organisationen im Reiche 17 Mittelschulen die von 3086 Schülern frequentiert werden, sowie 4 Kurse mit einem Mittelschulprogramm mit 220 Schülern. Ausserdem sind folgende Schulen tätig: in Mińsk die Handelsschule aus Suwałki, in Petersburg — die aus Riga evakuierten polnischen Mädchenschulen. Der Schulausschuss der polnischen Organisationen gab ein Programm für den Gebrauch der polnischen Mittelschulen heraus, die in Russland während des Krieges gegründet wurden. Als Grundlage wurden die

Programme der Warschauer Schulen, wie: die Staszic-Schule, Konopczyńskis, Chrzanowskis usw. benutzt. Der Grundgedanke des Progamms besteht darin, eine solche Organisation der polnischen Mittelschule in Russland zu schaffen, die der Schuljugend die Möglichkeit bieten wird nach Friedensschluss in entsprechende Klassen der polnischen Schulen in Polen aufgenommen zu werden.

Büchereinlauf.

Dr. J. St. Lewiński: Polens Handelsbilanz. Abdruck aus „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Jena. — Dr. Alicya Simon: Polnische Elemente in der deutschen Musik bis zur Zeit der Wiener Klassiker. Zürich, Gebr. Leemann & Co. — L. Kulczycki: Panslawizm a sprawa polska. Kraków, nakł. Centralnego Biura wydawnictw N. K. N. — Prof. Dr. H. Levy: Die englische Gefahr für die weltwirtschaftliche Zukunft des deutschen Reiches. Berlin, Verlag Karl Curtius. — Wiktor Mondalski: Ostojacy. Lemberg, Gubrynowicz i Schmidt. — Wł. Steinhaus: Pamiętniki legionisty. Kraków, Centralne Biuro wydawnictw N. K. K. — Prof. G A. Fabarius: Neue Wege der deutschen Kolonialpolitik. Berlin, Verlag Karl Curtius. — Prof. Adam Szelągowski: Der Kampf um die Ostsee. München, Neue Deutsche Bücherei, Verlagsgesellschaft m. b. H. — Seweryn Romin: Z notatek legionisty. Kraków, Centralne Biuro wydawnictw N. K, N. — Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch, herausgegeben von Wilh. Jansson. Berlin-Karlshorst, Verlag der Internationalen Korresponzenz. — Dr. T. Stan. Grabowski: Rosyjskie rządy na Białej Rusi. Piotrków, Verlag der Militärsektion des Ob. Poln. Nationalkomitees. — St. Żeromski: Sen o szpadzie i sen o chlebie. Zakopane, nakład księgarni Podhalańskiej (A. Z. Zembaty). — Die reussische Welt. Historisch-politische Studien. Vergangenheit und Gegenwart von Prof. Dr. Stanislaus v. Smolka, Mitglied des Herrenhauses. Wien, Kommissionsverlag von Gerold & Co. — Rozdzielił nas, mój bracie . . . (Antologia poezyj współczesnych. Zakopane 1916. Księgarnia Podhalańska (A. Z. Zembaty).

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2. Grolmanstr. 42